

Demokratie – welche und wessen?

Der Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Frank Schirmacher, kam vor einiger Zeit ins Grübeln. Heraus kam ein Artikel, in dessen Zentrum zwei Fragen standen: „Hatte die Linke Recht?“ Und: „Dient das politische System nur den Reichen?“ „Politisches System“ – darunter verstehen Schirmacher et al. die mit einer repräsentativen Demokratie eingekleidete kapitalistische Wirtschaftsordnung. Kapital und Demokratie – im Verständnis der amtierenden politischen Klasse gehören diese beiden Worte zusammen wie Dick und Doof, Himmel und Erde, Brot und Butter, Kain und Abel. Hoppla, war es nicht Kain, der Abel erschlug? Dann dürfte der Vergleich ja wohl nicht stimmen. Oder trifft er gerade deshalb ins Schwarze? Wir werden sehen. Zusammengefügt ergeben beide Worte den Begriff „Kapitalistische Demokratie“, wobei auf das Adjektiv gern verzichtet wird. Es ist das System, in dem wir leben, dass sich seiner wahlweise „frei“ oder „sozial“ genannten Marktwirtschaft rühmt, dass, wie zuweilen vermerkt wird, unvollkommen, letztlich aber doch alternativlos sei.

Doch jetzt, im Zeichen der sich zur Staatskrise beförderten Staatsschuldenkrise greifen einige selbsternannte „Wegweiser“ etwas tiefer in die Tasten. Wobei die Debatte zwei Richtungen eingeschlagen hat, die unterschiedlicher kaum sein können. Zwar wird übereinstimmend konstatiert, dass die Demokratie vor einer harten Belastungsprobe steht; sobald aber Lösungen vorgestellt werden, trennen sich die Wege. Die einen beklagen die Tatsache, dass sich Banken und Konzerne dem nationalstaatlichen Rahmen längst entzogen haben. Um sie zu kontrollieren, müssten endlich demokratische Institutionen über den Nationalstaaten geschaffen werden. Mit den Worten des Philosophen Jürgen Habermas werden wir deshalb aufgefordert: „Rettet die Demokratie“, weil sonst, so der Chefredakteur des „Tagesspiegel“, St.-A. Casdorff, „das ganze System der Demokratie, die Welt, wie wir sie kennen“ zusammenbricht. Die anderen werden von ganz anderen Problemen geplagt. Die uneingeschränkte Freiheit aller Märkte ist der Dreh- und Angelpunkt ihrer Sorgen und deshalb gelte es, die Euro-Zone zu retten, aber nur nach ihren Spielregeln. Bei dieser Rettungsaktion steht ihnen sogar das Repräsentativsystem der auf der derzeit gültigen Eigentumsordnung fußenden Demokratievariante im Wege. Die vom griechischen Regierungschef geplante Volksabstimmung über das Euro-Rettungspaket erzeugte, so die Berliner Zeitung in einem Kommentar, „bei seinen europäischen Amtskollegen Unverständnis in einem Ausmaß, dass man sich fragen musste, ob sie selbst die Grundwerte der Demokratie noch ernst nehmen“.

Die beiden entgegengesetzten Positionen lassen den Wunsch aufkommen, sich etwas grundsätzlicher mit den dominierenden Vorstellungen von Staat und Demokratie zu beschäftigen. Die Empörung von Schirmacher, Habermas et al. über die „unkontrollierte freie Marktwirtschaft“ bzw. die Diktatur der Finanzmärkte in allen Ehren. Da sie nun aber schon die Frage, ob die Linke doch Recht habe, in den öffentlichen Raum gestellt haben, sollte sie auch so konsequent sein und noch um einiges tiefer graben. Sie würden dann allerdings auf drei Personen stoßen, deren Namen zu nennen, in gewissen Kreisen noch immer Reaktionen auslösen, als wolle man beim Leibhaftigen Zuflucht suchen. Marx, Engels und Lenin – um diese drei Herren handelt es sich nämlich – unterbreiten mit ihren Werken

jedem das Angebot, mit ihnen auf die richtig hohen Berge zu steigen, von deren Gipfeln sich ganz andere Ein- und Ausblicke auf die Rolle des Staats und die Funktionsweise der Demokratie in ihm gewinnen lassen. So mokiert sich Engels über den „Aberglauben an den Staat“, der „aus der Philosoph sich in das allgemeine Bewusstsein der Bourgeoisie und selbst vieler Arbeiter übertragen hat“. Und er fährt fort: „Nach der philosophischen Vorstellung ist der Staat die ‚Verwirklichung der Idee‘ oder das ins Philosophische übersetzte Reich Gottes auf Erden, das Gebiet, worauf die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit sich verwirklicht oder sich verwirklichen soll.“ Wohin auch immer sich die Demokratie als Staatsform hin entwickelt, die Praxis sieht anders aus. „Im Leben“, jetzt zitieren wir Lenin, „wird der Demokratismus nie ‚für sich genommen‘, er wird seinen Einfluss auch auf die Ökonomik ausüben, *ihre* Umgestaltung fördern (und) dem Einfluss der ökonomischen Entwicklung unterliegen.“ In der Tat, wer die Frage stellt, wer die Weltökonomie an den Rand des Abgrunds geführt hat, sollte sich nicht mit der Antwort zufrieden geben, es seien – ganz anonym – die befreiten Märkte gewesen, auf denen sich ein entfesselter Kapitalismus austobt. An den Ursachen der Krise waren doch federführend die Regierungen demokratischer Staaten beteiligt, die sich erst für die von ihnen eingeleiteten Deregulierungen aller Art und die Generierung neuer Finanzprodukte gegenseitig auf die Schulter klopfen und wenig später Rettungspakete für die Banken in Billionenhöhe schnürten. Die daraus entstehenden Belastungen wurden auf andere Schultern geladen, nämlich auf die der großen Mehrheit und die der ansonsten immer so gern beschworenen künftigen Generationen. Man muss sich wundern, dass dieses Geschäft bisher ohne durchschlagende Gegenwehr betrieben werden konnte. Muss man? Erkundigen wir uns wieder bei Engels: „In der demokratischen Republik übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus, und zwar erstens durch ‚direkte Beamtenkorruption und zweitens durch die Allianz von Regierung und Börse.“ Und Lenin ergänzt: „Heute haben Imperialismus und Herrschaft der Banken diese beiden Methoden, die Allmacht des Reichtums in jeder beliebigen demokratischen Republik zu behaupten und auszuüben, zu einer außergewöhnlichen Kunst ‚entwickelt‘.“

Was aber passiert, wenn die Menschen dieses Spiel endlich durchschaut haben werden? Wenn der von Politikern und Medienvertretern der Bevölkerung immer wieder eingebläute Glaubenssatz, demzufolge „wir“ ‚in der besten aller Welten‘ leben, seine narkotisierende Wirkung verliert? Was, wenn der berühmte Groschen fällt und sich die Einsicht durchzusetzen beginnt, dass *diese* Demokratie nicht *unsere* Demokratie ist? Dass diese kapitalistische Demokratie – jetzt drücken wir es wieder mit den Worten Lenins aus – „unvermeidlich eng ist, die die Armen im Stillen beiseite schiebt und daher durch und durch heuchlerisch und verlogen ist“? Kurzum, wenn immer mehr begreifen, dass dieser Staat ein Werkzeug des Kapitals zur Durchsetzung seiner Interessen ist, der es seiner Bevölkerung einmal in mehreren Jahren gestattet zu entscheiden, welche Vertreter sie, wie Marx es auf den Punkt brachte, in den Parlamenten „ver- und zertreten“ soll? Bevor wir uns dieser Frage widmen, wollen wir einen bemerkenswerten Satz von Bucharin zitieren. Nicolai Bucharin, einer der klügsten Köpfe der russischen Revolution wurde im Zuge der stalinschen Säuberungen hingerichtet. Ein ehrendes Gedenken für Mut und Aufrichtigkeit wurde ihm hierzulande nicht zuteil. Bucharin starb als Kommunist und das genügt, um ihn über seinen Tod hinaus zu ächten. Hier nun sein Satz: „Die Demokratie ist die Staatsform des Bürgertums, wenn es keine Angst hat, der Faschismus, wenn es Angst hat.“ Zwar gibt es

keine Anzeichen für einen drohenden Faschismus oder eines Militärputsches, trotzdem kann der Satz gerade auch in seiner zugespitzten Aussage zum Verständnis gegenwärtiger Ereignisse beitragen. Immer dann, wenn Grundwerte der Demokratie aufgelistet werden sollen, kommt der Begriff „Freiheit“ ins Spiel, ein Synonym für alle Worte, die mit dem Präfix „Privat“ beginnen: Privatinitiative, Privateigentum, Privatinteressen. ‚Weniger Staat, mehr privat‘, das war die in den letzten Jahrzehnten erfolgreich durch- und umgesetzte Losung, die zum Ausdruck bringen sollte, dass sich die politischen Freiheiten auch derjenigen Bürgerinnen und Bürger am wohlthuendsten entfalten können, die über keine Produktionsmittel verfügen. Man versuchte Ihnen sogar einzureden, auch sie würden zu den Nutznießern gehören, wenn der Staat seinen Besitz Stück für Stück in private Hände legt. Aber selbst so ein Guru des Neoliberalismus wie Milton Friedman bekannte einst ganz ungeniert, dass zuweilen die politischen Freiheiten die wirtschaftlichen an ihrer Entfaltung behindern. Was im Klartext bedeutet, dass das finanzkapitalistische System gegebenenfalls vor der Demokratie gerettet werden müsste. Was dann getan werden kann, demonstrierte eben dieser Friedman mit seinen Chicago Boys 1973 in Chile unter der Diktatur Pinochets. Einen anderen Ausweg hat uns vor mehr als einem halben Jahrhundert Bertold Brecht mit einem kleinen Gedicht angeboten; es heißt

Die Lösung

Nach dem Aufstand des 17. Juni
ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes
in der Stalinallee Flugblätter verteilen
auf denen zu lesen war, dass das Volk
das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
und es nur durch verdoppelte Arbeit
zurückerobern könne. Wäre es da
nicht doch einfacher, die Regierung
löste das Volk auf und
wählte ein anderes?

Weniger praxistauglich, gewiss, deshalb setzt Europas politische Elite auf einen „Kompromiss“. Parlamentarische Regeln werden erst mit medialer Unterstützung zum lästigen Hindernis herabgestuft, um sie schließlich mehr oder weniger außer Kraft zu setzen. Dem griechischen Volk wird Demokratie verachtend mitgeteilt, dass die Lage zu ernst sei, um es über die Verabschiedung des sogenannten Euro-Rettungspakets abstimmen lassen zu können. Man hat es einfach vor die Tür gesetzt. Doch Vorsicht! Von dort ist es nicht weit bis zur Straße. Vielleicht dauert es nicht mehr lange, bis dort ganz andere Töne angeschlagen werden und sich Volksbewegungen über nationalstaatliche Grenzen hinweg bilden, die Forderungen erheben, die auf eine Vorstellung von Demokratie orientieren, die der freien Entfaltung des Kapitals ein- für allemal Grenzen setzt und die auf anderen, neuen Eigentumsverhältnissen basiert.

Kommen wir zur Würde der Demokratie zurück. Sie zu retten, wir wollen lieber sagen, herzustellen, heißt für die Linke nicht, das bestehende System „politisch und tapfer“ zu verteidigen, weil, wie Casdorff vom „Tagesspiegel“ sagt, „niemand ein besseres“ habe. Im

Gegenteil: sie wird noch viel tapferer für ein Demokratiemodell streiten, das geeignet ist, den Willen der großen Mehrheit zum Ausdruck zu bringen und die Welt, „wie wir sie kennen“ zu verändern. Für dieses Demokratiemodell müssen im Namen die Adjektive ausgetauscht werden. Es heißt dann nicht *kapitalistische* sondern *sozialistische* Demokratie. Eigentlich ein ‚weißer ‚Schimmel. Denn für die Linke ist ein Sozialismus ohne Demokratie ebenso wenig denkbar wie eine Demokratie ohne Sozialismus akzeptabel.

Die Demokratie herzustellen heißt aber auch – das muss aus brandaktuellen Gründen hinzugefügt werden – ein Thema auf die Tagesordnung zu setzen, das nie wirklich und gewissenhaft aufgearbeitet worden ist: das braune Erbe der Bundesrepublik. Gemeint ist die sanfte Landung ehemaliger Nazigrößen auf dem Boden der BRD und ihre wohlwollende Aufnahme in den politischen Betrieb der jungen Republik. In der ersten Adenauer-Regierung befanden sich mehr NSDAP-Mitglieder als in der ersten Nazireichsregierung vom 30. Januar 1933. Dr. Hans Maria Globke, Ministerialrat im faschistischen Innenministerium und Mitverfasser der Nürnberger Rassegesetze, war von Anfang bis Ende der Ära Adenauer der, mit Abstand einflussreichste und mächtigste Mann in Bonn nach dem Kanzler. Seinen Personalentscheidungen ist es zu verdanken, dass Hunderte von Nazi-Juristen als Richter und Staatsanwälte in der BRD Karriere machen konnten, ebenso wie ungezählte SS-Haupt- und Obersturmführer als Kriminalräte und Polizeihauptkommissare. Dass diese Entscheidungen getroffen werden konnten, hatte weder mit Schlampereien bei der sog. Entnazifizierung zu tun noch mit Personalknappheit (Adenauer: „Wenn man kein sauberes Wasser hat, muss man eben schmutziger verwenden“) Nein, diese Herrschaften wurden gebraucht, ging es doch darum, um jeden Preis zu verhindern, dass die ökonomischen Grundlagen, auf denen der Faschismus ruhte, beseitigt würden. Störenfriede wurden mit allen politischen und juristischen Mitteln von eben jenen verfolgt, die ihr Handwerk bereits in den Jahren zwischen 1933 und 1945 ausgeübt hatten. So kam es u. a. zum KPD-Verbot.

Auf den ökonomischen Fundamenten alter Machtverhältnisse entstand ein geistiges Klima in der Bundesrepublik, in dem faschistisches Gedankengut nie wirklich gesellschaftlich geächtet wurde. Es konnte sich nach 1989 auch in Teilen der neuen Bundesländer mehr oder weniger ungehindert ausbreiten. Wenn heute die Ministerpräsidentin von Thüringen erklärt, „die NPD (biete) den geistigen Boden für die Mörder aus Zwickau“, dann ist das nicht falsch. Aber auch sie, wie alle anderen aus dem politischen Establishment mit ihren angeschlossenen Medien, sollten, wenn sie wirklich daran interessiert sein, den „braunen Sumpf trocken zu legen“ (Innenminister Friedrich), tiefer graben, dann würden sie nämlich Schichten freilegen und sich von dem der antikommunistischen Staatsdoktrin dienenden Weltbild in den eigenen Ämtern überzeugen können. Sie sähen sich dann allerdings auch mit den folgenden sehr heiklen Frage konfrontiert: Könnte es sein, dass sich die Neofaschisten in ihrer Gesinnung durch die Denkweisen leitender Mitarbeiter in offiziellen Institutionen bestätigt sehen? Dass sich die gefühlte oder tatsächliche (?) Akzeptanz ihrer Ansichten zu einer zumindest eingebildeten Partnerschaft entwickelt und so einen zusätzlichen Motivationsschub für ihr mörderisches Treiben hier und übrigens auch in Norwegen gebildet hat? – Der bekannte Satz von Bertolt Brecht – „Der Schoß ist fruchtbar noch – hat an Aktualität nichts eingebüßt. Wer sich dieser Tatsache verschließt, sollte auf Gedenkveranstaltungen lieber gleich verzichten. Wir, Die Linke, nehmen den Satz ernst, sehr ernst.“

Hans Schoenefeldt

21. Nov. 201